



**CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL
INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT
Saarland - Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens**

23, rue du Marché-aux-Herbes, L-1728 Luxembourg Tél : (352) 466966-1 Fax : (352) 466966-209

Kommission 3 „Verkehr und Kommunikation“

Isolde Ries, MdL
Landtagsvizepräsidentin
Vorsitzende

Empfehlung

betreffend

Bahnverkehr in der Großregion verbessern

Unsere Großregion hat die höchste Anzahl von Grenzpendlern in Europa. Mehr als 230.000 Berufspendler überqueren täglich eine Staatsgrenze.

Viele Regionen stehen vor dem Verkehrskollaps. Menschen wie Güter werden überwiegend mit PKWs und LKWs befördert. Der umweltfreundliche öffentliche Verkehr mit Bussen und Bahnen spielt trotz der vergleichsweise dichten Netzerschließung insbesondere im grenzüberschreitenden Bereich nur eine untergeordnete Rolle.

Das ist weder für die Anwohner an den Verkehrswegen noch aus Klima- und Umweltschutzgründen eine zukunftsfähige Lösung.

Der grenzüberschreitende öffentliche Personennahverkehr „erleidet“ seit Jahren statt eines Ausbaus permanent eine weitere Ausdünnung. Für den Güterverkehr bleiben Bahnstrecken mangels technischer Modernisierung und grenzüberschreitender technischer Abstimmung unbenutzbar. Statt Verbesserungen gab es Stagnation und Rückbau, vor allem bei Schienenverbindungen im Herzen der Großregion. Über hundert Jahre selbstverständliche Direktverbindungen sind Umsteigeverbindungen gewichen, deren Attraktivität einem umweltfreundlichen Verkehrsbedürfnis nicht gerecht werden.

Die zuständigen Aufgabenträger und Eisenbahnverkehrsunternehmen vermögen insbesondere im Regionalverkehr den Mehraufwand für grenzüberschreitend einsetzbare Fahrzeuge kaum zu stemmen. Vielen Bahnstrecken fehlt es an einer modernen und grenzüberschreitend organisierten Leit- und Sicherungstechnik oder sogar an Basiselementen wie einer einheitlichen Elektrifizierung der Oberleitungen über die Grenzen hinweg.

Die Angebotsdichte im regionalen und speziell im grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehr liegt zum Teil bei wenigen Zugfahrten am Tag oder Angeboten nur am Wochenende. Im Güterverkehr fehlen Verladestellen und Alternativrouten. Die

wichtige Bahnstrecke der Europastädte zwischen Brüssel und Luxemburg und weiter bis Straßburg kommt im Ausbau kaum voran und bedarf insbesondere im nördlichen Abschnitt einer Beschleunigung.

Wichtige Städte wie Nancy und Metz haben ihre einst vorhandenen Anbindungen nach Belgien und Deutschland verloren.

Nicht nur die regionalen Fernverbindungen sind von Bedeutung, gerade der Nahverkehr, der kleine Grenzverkehr, erhält eine immer größere Bedeutung. Für das grenzüberschreitende Zusammenleben, das Kultur Entdecken, das Einkaufen, das Arbeiten und die Wirtschaft sind eine moderne Infrastruktur und Angebote im Taktverkehr notwendiger denn je. Hier muss auch die Unterstützung durch die Regierungen und die Europäische Kommission ansetzen.

Nach einer neuen Studie über grenzüberschreitende Bahnangebote und Fahrzeugeinsatz, die über INTERREG-Mittel und die regionalen Partner kofinanziert wurde, sollen ab 2024 grenzüberschreitende Strecken zwischen Grand Est, dem Saarland und Rheinland-Pfalz gemeinsam ausgeschrieben werden.

1. Der **Interregionale Parlamentarierrat** unterstützt ausdrücklich die gemeinsame Ausschreibung der grenzüberschreitenden Verkehre. Mittelfristig sollte dies in der gesamten Großregion so sein. Es ist der erste Schritt zur Plattform der Zusammenarbeit der Aufgabenträger, wie sie von Experten und Interregionalem Parlamentarierrat auf der Verkehrskonferenz der Großregion im Jahr 2014 eingefordert wurde.
2. Der **Interregionale Parlamentarierrat** fordert alle Regionen der Großregion auf, die potenziellen Möglichkeiten der vorhandenen Bahnstrecken zu untersuchen. Zu betrachten sind dabei auch der Modernisierungsbedarf, die Chancen für neue Bahnhöfe, Haltestellen und Ladestellen des Güterverkehrs sowie der Ausbau zusätzlicher, insbesondere grenzüberschreitender Angebote.
3. Der **Interregionale Parlamentarierrat** fordert, Alternativen zum konventionellen motorisierten Individualverkehr aus ökologischen Gründen wie auch vor dem Hintergrund von Pendler-, Tourismus- und Wirtschaftsbeziehungen zu entwickeln und umzusetzen. Das höhere Interesse von Klimaschutz und wirtschaftlicher Entwicklung mit Mobilität als Daseinsvorsorge hat Vorrang und bedarf einer adäquaten Finanzierungsplanung unter Einschluss von Fördermitteln.
4. Der **Interregionale Parlamentarierrat** fordert, die finanzielle Unterstützung durch die Europäische Union für grenzüberschreitende Verkehrsprojekte zu verstärken (INTERREG, EFRE, CEF-Connecting Europe Facility, Nachfolgeprojekt zu Sintropher....) und förderfähige Vorhaben seitens der Großregion einzubringen.
5. Der **Interregionale Parlamentarierrat** fordert, gute Beispiele in anderen Grenzregionen als Vorbild zu nehmen, z.B. die Verbindung Eindhoven-Maastricht-Aachen, Düsseldorf-Arnheim, und den Regionalverkehr gemäß Bedürfnissen und

langjährigen Forderungen auszubauen (Quattropole-Zug, Ausweitung Tram SaarMoselle, ...).

6. Der **Interregionale Parlamentarierrat** unterstützt das Bestreben, ein einheitliches Ticket für Rheinland/Pfalz, das Saarland und Luxemburg auf den Weg zu bringen. Dies sollte zeitnah auf die gesamte Großregion übertragen werden.
7. Der **Interregionale Parlamentarierrat** erteilt Bestrebungen einzelner Infrastrukturbetreiber, ihre Strecken stillzulegen (Beispiel grenzüberschreitende Verbindung Saartal-Mosel über Bouzonville), eine klare Absage. Er fordert die Verantwortlichen auf, durch Ko-Administration und gemeinsame Planung unter Einsatz staatlicher und europäische Fördermittel solche Strecken zu modernisieren und die Kapazität des Netzes auszuweiten.
8. Der **Interregionale Parlamentarierrat** fordert die Netzbetreiber SNCF Réseau und DB Netze dazu auf, für eine effektive Koordination der Nutzung der Infrastrukturen im Güterverkehr zu sorgen, vor allem im Streckenabschnitt Bouzonville-Dillingen, wo die fehlende Koordination der Netzbetreiber die Kontinuität des Güterverkehrs bedroht.

Der Interregionale Parlamentarier-Rat richtet diese Empfehlung an:

- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
- die Regierung der Föderation Wallonie-Bruxelles,
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
- die Regierung der Wallonie,
- die Landesregierung von Rheinland-Pfalz,
- die Landesregierung des Saarlandes,
- den Präfekten der Region Grand Est,
- den Regionalrat der Region Grand Est

und an

- die Regierung der Französischen Republik,
- die Regierung des Königreichs Belgien,
- die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
- die Europäische Kommission,
- das Europäische Parlament,
- die Europaabgeordneten aus der Großregion.

Clerf, den 7. Dezember 2018